

Gedanken zu einem Narrenspiel : Beschlussfassung über Parolen durch den Parteitag

Autor(en): **Bossart, Adolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **60 (1981)**

Heft 9

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339751>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

auch in anderer Hinsicht zunehmend auf Grenzen.

1. Es gibt *kaufkraftmässige Grenzen der Staatsverschuldung*. Ob diese im Falle der Schweiz bereits erreicht sind, ist umstritten. Ich will nicht behaupten, dass die gegenwärtige Zinssatzsteigerung durch die staatlichen Kreditaufnahmen verursacht sei. Aber es ist unbestritten, dass wir mit unserer Schuldenwirtschaft ein gefährliches Inflationspotential geschaffen haben, und dieses Inflationspotential kann bei der heutigen Tendenz der Kaufkraftentwicklung des Schweizer Frankens bedenklich stimmen. Und ich möchte daran erinnern, dass die Folgen der Inflation gerade auch von den sozial schwächsten Bevölkerungskreisen getragen werden müssen.

2. Es gibt *konjunkturpolitische Grenzen der Staatsverschuldung*. Auch hier sind sich die Experten nicht einig, ob wir schon an diese Grenzen gestossen sind. Nach der Theorie sollte sich der Staat nur in Krisenzeiten massiv verschulden, um mit Mehrausgaben die Wirtschaft anzukurbeln. In guten Zeiten müsste er jedoch über Steuererhöhungen Kaufkraft abschöpfen, um die aufgelaufenen Defizite zu begleichen. In welcher Phase des Konjunkturzyklus befinden wir uns heute? Sicher nicht in der Talsohle, auf die wiederum ein Wirtschaftswachstum wie in den sechziger und frühen siebziger Jahren folgen wird. Wir befinden uns wohl eher in einer normalen Phase, soweit es das überhaupt noch gibt. Denn die gewandelten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit ihren Nachfrage-, Zahlungs-, Energie- und Umweltproblemen markieren einen bedeutsamen Umbruch der wirtschaftli-

chen Entwicklung, und es scheint, dass wir mit einer längeren Phase der Stagnation oder doch eines spürbar gedämpften Wachstums rechnen müssen und vor weiteren Einbrüchen nicht gefeit sind. In «normalen» Zeiten sollten wir aber einen geordneten, gesunden Bundeshaushalt haben, damit wir für eventuelle Einbrüche gewappnet sind.

3. Es gibt *budgetmässige Grenzen der Staatsverschuldung*. Diese haben wir eindeutig erreicht. Wir geben jährlich über 800 Millionen für Zinsen aus; bald wird uns der Zinsendienst gar eine Milliarde und mehr kosten. Das heisst, unsere Schuldenwirtschaft verschlingt 5% des Budgets. Was liesse sich alles an dringend notwendigen Aufgaben finanzieren, wenn wir jährlich eine Milliarde mehr zur Verfügung hätten!

4. Es gibt schliesslich *psychologische Grenzen der Staatsverschuldung*. Und diese

Grenzen haben wir längst massiv überschritten. Psychologische Grenzen sind in einer direkten Demokratie auch *politische Grenzen*, die ernstgenommen werden müssen. Das Volk möchte den Staatshaushalt saniert sehen. Es will, dass der Bund spart. Ein realistisches *Sanierungskonzept* für die Finanzkrise des Bundes muss diesen Grenzen der Staatsverschuldung Rechnung tragen. Wenn aber der Bund weniger Schulden machen soll, so erhalten automatisch die beiden anderen Strategien, das Sparen und die Beschaffung von Mehreinnahmen, grösseres Gewicht. Und diese Massnahmen auf der Ausgaben- und auf der Einnahmenseite müssen recht drastisch ausfallen, rechnet doch der Finanzplan bei Fortführung der bisherigen Politik mit jährlichen Defiziten von 3 Milliarden Franken.

(Fortsetzung folgt)

Adolf Bossart

Gedanken zu einem Narrenspiel

Beschlussfassung über Parolen durch den Parteitag

Zu den Geschäften, die gemäss Beschluss des Parteitages 1980 in Genf zurückgestellt wurden, gehört unter anderem ein Antrag der Sektion Rapperswil, der am diesjährigen Parteitag im Oktober noch einiges zu reden geben dürfte.

Es handelt sich um den Antrag Nr. 38 zum Traktandum 8 der 1980er Geschäftsliste mit folgendem Wortlaut:

«Der Parteitag der SPS ist befugt, für alle zustande gekommenen Initiativen und Referenden Parolen zu fassen.»

Eine Begründung dieses Antrages wurde nicht gegeben. Eine solche dürfte auch über-

flüssig sein, denn was die Sektion Rapperswil anstrebt und verlangt, ist nicht mehr und nicht weniger als die Bestätigung eines statutarisch verbrieften Rechtes des Parteitages, das leider durch eine seit dem Parteitag 1976 (Montreux) andauernde Kontroverse in Frage gestellt wurde. Der Parteitag ist das oberste

Organ der SPS. Ihm steht das sachlich wie zeitlich unbeschränkte Recht zur Parolenfassung zu, und nach Art. 16 Abs. 2 lit. g der SPS-Statuten ist er fraglos zuständig, jeden ihm zugeleiteten Sektionsantrag betreffend Parolenfassung zu behandeln. Einschränkungen dieses Rechts sind zwar möglich, jedoch nur auf dem Weg einer Statutenänderung nach Art. 29 Abs. 2 der Statuten. Andersgeartete Versuche, das dem Parteitag zustehende Recht zur Parolenfassung zu beschneiden, mögen sie auch taktisch noch so begründet scheinen, sind *statutenwidrig und damit unzulässig*.

Es ist notwendig, die beklagenswerten Versuche zur Einengung der Antrags- und Beschlussfreiheit der Parteibasis anhand der Protokolle der Parteitage 1976, 1978 und 1980 kurz zu resümieren. Am Parteitag 1978 (Basel) stellte die SP Rapperswil als einzige Sektion den Antrag, es sei von der SPS zur eidgenössischen Volksinitiative für Trennung von Staat und Kirche die Ja-Parole auszugeben. Dieser Antrag wurde indes abgelehnt, das heisst, es wurde beschlossen, in dieser Angelegenheit *noch keine Parole zu fassen*. Massgebend für diesen Entscheid war ein von der Kongressleitung und ihren Sekundanten ins Spiel gebrachter und mit Nachdruck verfochtener Beschluss des Parteitages 1976 (Montreux). Sein Wortlaut:

«Der Parteitag ist der Ansicht, dass im allgemeinen Initiativen von dritter Seite erst dann beurteilt werden sollten, wenn sie das parlamentarische Stadium durchschritten haben...»

Die Delegierten der Sektion Rapperswil konnten sich mit der beschriebenen Behandlung ihres Antrages nicht ein-

verstanden erklären. Sie stellten einen *Ordnungsantrag* folgenden Inhaltes:

«Der Beschluss des Parteitages 1976 Montreux, dass im allgemeinen Initiativen von dritter Seite erst dann beurteilt werden sollten, wenn sie das parlamentarische Stadium durchschritten haben – mit Ausnahme von Initiativbegehren traditionell befreundeter Organisationen –, wird als *ungültig* erklärt.»

Dieser Ordnungsantrag wurde wie folgt begründet:

Wenn sich der Parteitag 1976 selber den Mund verbinden wollte, war das seine Sache. Wenn er aber eine parteiinterne Vorschrift erlassen wollte, die auch für künftige Parteitage verbindlich sein würde, so hätte diese Vorschrift die Bedeutung und den Rang einer *Statutenänderung*. Und der bezügliche Beschluss hätte mit einer entsprechenden Vorankündigung und mit der laut Art. 29 Abs. 2 der Statuten vorgeschriebenen Zweidrittelmehrheit gefasst werden müssen (statt nur mit einem Zufallsmehr von 274 gegen 266 Stimmen). Trotz dieser juristisch sauberen Argumentation wurde der Ordnungsantrag der Sektion Rapperswil mit 203 Nein- zu 162 Ja-Stimmen abgelehnt.

Daraufhin stellte die Rapperswiler Delegation den Antrag, über die Wünschbarkeit einer Trennung von Staat und Kirche im Sinne der eidgenössischen Volksinitiative eine *Konsultativabstimmung* durchzuführen. Doch dieser Antrag erregte Missfallen und wurde nicht zur Abstimmung gebracht.

Mit der Ablehnung des Ordnungsantrages der SP Rapperswil wurde die Statutenwidrigkeit des Beschlusses von Montreux natürlich nicht aufgehoben. Der letztere wur-

de dann allerdings vom Parteitag 1978 modifiziert, dies gemäss einem Antrag von Yvonne Lenzlinger, der «mit grossem Mehr», aber wiederum nicht mit einer qualifizierten Mehrheit ($\frac{2}{3}$) angenommen wurde. Die heute «gültige» Fassung lautet wie folgt: «Der Parteitag der SP Schweiz soll hängige Initiativen und Referenden frühzeitig prüfen und gegebenenfalls dazu Stellung beziehen, sei es durch vorläufige Unterstützung oder Ablehnung, sei es durch Parolenfassung.»

Mit diesem zum Beschluss erhobenen Antrag wurde die rechtliche Situation noch mehr vernebelt. Aus diesem Grunde stellte die SP Rapperswil den am Eingang erwähnten (noch hängigen) Antrag, der die Wiederherstellung des ungeschmäleren Rechts des Parteitages zur Parolenfassung verlangt. In diesem Zusammenhang verlangt die Sektion Rapperswil vom Parteitag eine *authentische Interpretation* des zum Beschluss erhobenen Antrages Lenzlinger. Es geht vor allem um folgende Fragen:

1. Wie ist das Wort «*frühzeitig*» zu verstehen? (Bei der Stellungnahme zur Initiative betreffend die Trennung von Staat und Kirche war die Parteileitung frühzeitiger!)
2. Was heisst hier «*gegebenfalls*»?

Mit der von der SP Rapperswil beanstandeten Einschränkung der Antrags- und Beschlussfreiheit des Parteitages ist es gelungen, im obersten Gremium der Partei eine Grundsatzdiskussion über das Verhältnis von Staat und Kirche (mit der Gefahr auch kirchenkritischer Voten) zu verhindern. Die SP Rapperswil fühlt sich vor den Kopf gestossen und wohl auch die Sektion Genève, Rive droite,

der die Behandlung dieses wichtigen Geschäftes durch den Parteitag versprochen wurde. Mit der «frühzeitigen Prüfung» der Trennungsinitiative nach dem Rezept von

Yvonne Lenzlinger war es also nichts, und so – wie die Dinge heute liegen – besteht die Gefahr, dass sich ein Narrenspiel dieser Art jederzeit wiederholen könnte.

Rudolf Bahro

Die Grünen, die Roten und die SPD

...man kann vom Ochsen nicht mehr als Rindfleisch verlangen.

Rudolf Bahro hat mit seiner «Alternative» Massstäbe für die Kritik östlicher Systeme gesetzt. In seinem ersten im Westen entstandenen Buch werden «Elemente einer neuen Politik», einer Alternative zum westlichen System sichtbar. Seine Kritik am selbstmörderischen Lauf des Industrialismus ist ebenso radikal wie die an den dogmatischen Formen des Linksseins. Es geht ihm um die grundlegende Wende der Gesellschaft und der traditionellen Politik, um ein menschlicheres Leben in einer anderen Zukunft. Im olle-&-wolter-verlag ist zum «Verhältnis von Ökologie und Sozialismus» eine Reihe von Aufsätzen, Reden und Interviews erschienen, aus welchen wir eine auch für schweizerische Verhältnisse durchaus interessante Darstellung seines Verhältnisses zur SPD ausgesucht haben und mit freundlicher Genehmigung des Verlages hier abdrucken.

Wenn man sich mit der Frage auseinandersetzt, ob die SPD fähig ist, eine systemtranszendierende Politik zu machen, stellt man die Frage auf einer Ebene, die schon seit 60 Jahren klar und negativ beantwortet wurde. Insofern deuten viele der Auseinandersetzungen mit der SPD auf eine Fixierung hin, die für ein Vorwärtskommen durch und durch unfruchtbar ist. Warum richten wir denn unseren Blick immer wieder auf den Apparatcharakter der SPD, wie das Kaninchen den Blick auf die Schlange? Natürlich wird die SPD als Partei und als Institution so, wie sie jetzt verfasst ist, nicht über den Kapitalismus hinausführen. Lassen wir es doch endlich dabei bewenden. Aber, was ich auch drüben für den Ap-

parat festgestellt habe: Der Apparat ist, soziologisch gesehen, ein konservatives Element. Dies bezieht sich auf die Art und Weise, in die er die Individuen anspricht und mobilisiert. Darüber hinaus gilt dies auch in einem allgemeineren Sinne, weil die Gesamtstruktur der Apparate dem historischen Prozess gegenüber stillsteht, im besten Falle sich nachträglich ein bisschen anpasst.

Wenn ich für eine andere, nicht ressentimentgeladene Einstellung zur SPD eintrete, dann denke ich daran, dass wir das politisch-psychologische Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik ändern müssen. Und dabei kommen wir ohne das von der SPD verwaltete Potential nicht weiter. Aus der Geschichte der zwan-

ziger Jahre sollten wir auch gelernt haben, dass es keine sehr sinnvolle Politik ist, zu sagen, dass wir Kontakte an der Basis haben wollen, um Einfluss gegen die Führung zu erlangen. Wir sollten die Frage gar nicht auf dieser Ebene stellen. Für uns geht es darum, dass wir uns die Diskussionsmöglichkeiten, das heisst unsere Einflussmöglichkeiten auf den ideologischen Prozess unter den Mitgliedern der SPD, offenhalten müssen. Also nutzt es uns auch wenig, wenn wir hinter jedes SPD-Mitglied, das wir beim Namen kennen, in Klammern das passende Etikett hinkleben: Das ist ein Linker, das war mal ein Linker, das ist ein Rechter, das ist ein Apparatschik, das ist ein Technokrat, der ist Opportunist. Und wir müssen akzeptieren, dass diese Menschen, die die SPD repräsentieren, sich neben dem, was durch ihre Funktion bedingt ist, vielleicht noch etwas anderes denken, etwas, was darüber hinausgeht, wenngleich das aber immer noch von einer gewissen Disziplin und Loyalität gegenüber der Partei getragen ist. Selbstverständlich sind selbst derartige Diskussionen Teilen des Apparats unheimlich, und er hat immer die Tendenz, die Schotten dicht zu machen. *Unser altes Problem ist, das taucht immer wieder auf, dass wir nicht durch unser eigenes Verhalten, durch Beschimpfungen, Klassifizierungen usw. dazu beitragen, dass die Gegenreaktion möglichst hart ausfällt.* Denn dadurch wird uns die Möglichkeit der Einwirkung auf den ideologischen Prozess in der Partei nur erschwert. Dabei meine ich das nicht einfach im subversiven Sinn, sondern im Sinne einer ideologischen Kooperation mit sehr vielen Menschen in